Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 150 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Montag
14. Mai 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4793—98, 6000—03. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag, Bezugspreis 6000 M monatlich.

In Fällen höherer Gewalt, vom Betriebsstörung, vom Streik oder sonstigen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Tagebreis für Anzeigen 1000.— M je 33 mm breite mm-Zeile. Behördenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

14. 5. a Nr. 219 150
62. Jahrgang.

Die Antworten aus London und Rom.

Englands „große Enttäuschung". — In Erwartung erweiterter deutscher Vorschläge.

Italiens „Erstaunen und Bedauern". — Vorlage einer baldigen neuen Entschließung Deutschlands angeraten.

Die Sonntag mittag der Deutschen Botschaft in London überreichte Note der englischen Regierung lautet, wie W. T. B. meldet, in deutscher Uebersetzung:

Herr Botschafter!

Die Regierung Seiner Majestät hat dem Memorandum, das Euer Exzellenz mir am 2. d. M. mitgeteilt haben, und durch die Deutsche Regierung ihre Vorschläge für eine Regelung der Reparationsfrage vorlegt, ihre sorgfältige Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Dieser Schritt der Deutschen Regierung ist offensichtlich die Folge einer Anregung gewesen, die ich im Laufe einer Debatte im Britischen Parlament am 20 April gegeben habe. Die Regierung Seiner Majestät hat daher an der Antwort, die auf diese Aufforderung hin erfolgt ist, ein besonderes Interesse.

Ich kann Euer Exzellenz nicht verhehlen, daß die Deutsche Regierung den englischen Eindruck, den sie sowohl auf die Regierung Seiner Majestät als auch auf ihre Alliierten gemacht haben, nach meiner Ansicht hätte vermeiden und daher vermeiden können und müssen. Die Vorschläge sind sowohl der Form wie dem Inhalt nach weit davon entfernt, dem zu entsprechen, was Seiner Majestät Regierung als Antwort auf den Rat, den ich bei mehr als einer Gelegenheit der Deutschen Regierung durch Euer Exzellenz habe zukommen lassen, und als Antwort auf den direkteren, die in der erwähnten Rede gegebenen Hinweis berechtigterweise hätte erwarten können. Die Hauptgründe dieser berechtigten Enttäuschung sind die folgenden:

1. Die Deutsche Regierung bietet als Gesamtsumme ihrer anerkannten Schuld einen Betrag an, der weit unter dem mäßigen Betrage liegt, der die Grundlage des der Pariser Konferenz im letzten Januar unterbreiteten britischen Planes bildet, und der dabei von vornherein als für die alliierten Regierungen völlig unannehmbar hätte erkannt werden müssen. Außerdem wird selbst die Zahlung dieses unzulänglichen Betrages von dem Ergebnis einer Reihe internationaler Anleihen abhängig gemacht, das unter den angegebenen Bedingungen in hohem Grade unsicher sein muß, und zwar unter Bedingungen, die der Deutschen Regierung vorgelegte Plan tatsächlich Bestimmungen enthält, die sich mit der Wirksamkeit eines Nichtzustandekommens der Anleihen befassen. Ueberdies enthält die in diesem Punkte vorgeschlagene Regelung finanzielle Belastungen, die für Deutschland weniger drückend sind, als wenn die Anleihen erfolgreich wären, so daß sie kein wirksamer Anreiz für Deutschland gegeben ist, ihre Aufnahme zu versuchen.

2. Ganz besonders ist es zu bedauern, daß die deutsche Antwort es unterläßt, mit größerer Genauigkeit die Art der Garantien zu bezeichnen, welche die Deutsche Regierung anzubieten bereit ist. Statt konkrete und substanzielle Vorschläge in dieser Richtung zu erhalten, sehen sich die Alliierten Regierungen unbestimmten Zusicherungen und Verweisungen auf künftige Verhandlungen gegenübergestellt, die in einer geschäftlichen Angelegenheit dieser Art des praktischen Wertes entbehren.

Die Regierung Seiner Majestät ist überzeugt, daß Deutschland es in seinem eigenen Interesse als vorteilhaft einsehen wird, eine größere Bereitwilligkeit zu zeigen, sich mit den Realitäten der Frage ernstlich auseinanderzusetzen, und daß es unter Ausschaltung aller unerheblichen und dritten Fragen wird bereiten wird, seine Vorschläge noch einmal zu erwägen und sie zu erweitern derart, daß sie zu einer brauchbaren Grundlage für eine weitere Erörterung werden. Die Regierung Seiner Majestät wird in gegebenem Zeitpunkt bereit sein, an einer solchen Erörterung an der Seite ihrer Alliierten teilzunehmen, mit der sie bei praktischer Unterstützung dieser Frage teilt, sie sie ebensowenig aufgeben beabsichtigt wie die Wunsch, einer Lage von interdeutschen Zahlungen ein Ende zu machen. Aber sie kann der Deutschen Regierung nicht verhehlen, daß der erste Schritt zur Verwirklichung einer solchen Hoffnung die Anerkennung Deutschlands sein muß, daß eine weit größere und viel bestimmtere Mitwirkung erforderlich ist, als sie bisher jemals zuteil geworden ist. gez. Curzon of Kedleston.

Reichskanzler Dr. Cuno hatte sich gestern mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu Besprechungen mit rheinisch-westfälischen Wirtschaftsführern nach Münster begeben. Er ist heute wieder nach Berlin zurückgekehrt. Im Laufe des heutigen Nachmittags dürfte eine Kabinettssitzung stattfinden, die sich mit der englischen und der italienischen Note befaßt. Von einer irgendwie entscheidenden Stellungnahme in dieser ersten Sitzung kann natürlich keine Rede sein.

Die Sonntag mittag der Deutschen Botschaft in Rom überreichte Note der italienischen Regierung lautet, wie W. T. B. meldet, in deutscher Uebersetzung:

Herr Botschafter!

Die außerordentliche Prüfung des Memorandums vom 2. Mai, das Euer Exzellenz, der Botschafter der Deutschen Regierung für eine Regelung der Reparationsfragen enthält, hat mich übergzeugen müssen, daß sie nicht geeignet sind, den alliierten Regierungen als Grundlage für eine ernsthafte Diskussion zu dienen. Meine wiederholten Bemühungen, die Deutsche Regierung zu veranlassen, vernünftige und praktische Vorschläge vorzulegen, um aus der in Mitleidstropa entstandenen gefahrvollen Lage herauszukommen, haben mir einigen Grund zu der Hoffnung, daß der Schritt der Deutschen Regierung einen Fortschritt auf dem Wege einer friedlichen Lösung der Frage bedeuten würde; ich muß jedoch feststellen, daß meine Erwartung getäuscht worden ist.

Der Standpunkt der Italienischen Regierung in der Sache ist bekannt. Wie mir aber bei den letzten beiden Konferenzen in London und Paris vorgelegten Plänen bewiesen, ist Italien durch seine gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage gezwungen, das Reparationsproblem und das Problem der internationalen Kriegsschulden als immer engeren miteinander verbunden anzusehen. Italien kann nicht umhin, darauf zu bringen, daß die beiden Fragen so bald als möglich gelöst werden, wobei auch die Aufwendungen für den Wiederaufbau seiner eigenen dicht gewesenen Provinzen berücksichtigt werden müssen. Diese Notwendigkeiten erklären deutlich seine Haltung sowohl bei den Beschlüssen der Reparationskommission, als auch bei allen Gelegenheiten, nach der letzten Konferenz von Paris eingetreten sind, wobei es beschlossen hat, sich nicht zu einer Annahme zu verstehen, daß sein Interesse und seine Forderungen bei der Lösung dieser äußerst ernsten Frage nicht gerechter sind als diejenigen irgendeines anderen alliierten Staates.

Wie in vielen amtlichen Aeußerungen und besonderen Akten der Römischen Regierung bekannt worden ist, ist Italien gewillt, seinen Anteil an den Opfern zu tragen, um zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Regelung zu gelangen. Aber es kann nicht zugeben, daß ihm mehr auferlegt wird, als seine Kräfte bei vernünftiger Schätzung zulassen. Auch darf nicht vergessen werden, welche Gefahren Italien durchsichtig der Reparationen der Kleinerstaaten hat, in Anerkennung deren es das Gesamtziel und Mäßigung bewiesen hat, daß es seinerseits auf seine Anteile erheblich Konzessionen bereitwillig tut, ohne sich bisher auf das Recht der in den Verträgen festgelegten Mitteraufwertsbeteiligung zu berufen oder auf dieses Recht zurückzugreifen. (Stimmung bei W. T. B.: Die Ueberlegung des vertieftenden Satzes ist unsicher, da offenbar fälschlich eine Verstümmelung des Telegramms aus Rom vorliegt.)

Der deutschen Regierung ist übrigens bekannt, daß die italienische Regierung sich zu ihrem tiefsten Bedauern gezwungen sah, dem von der englischen Regierung der Konferenz in Paris vorgelegten Plan zur Regelung der Reparationen nicht beizutreten; obwohl das Memorandum Euerer Exzellenz jedoch angesehen, einige der unbestreitbaren Forderungen Italiens nicht genügend zu berücksichtigen.

Nach diesem unmißverstandenen Vorgang muß die italienische Regierung mit bedauerlichem Erstaunen bemerken, daß das deutsche Memorandum vom 2. Mai weit hinter den Vorschlägen zurückbleibt, die in dem Plan der britischen Regierung enthalten waren.

Wegnehmen haben, daß die für die Reparationen festgelegte Summe offensichtlich weit niedriger ist, als irgendein noch so geringer Betrag, den man vernünftigerweise hätte erwarten können, ist die internationale Anleihe, mit der die Zahlung dieser Summe vollständig bewirkt werden soll, nur als ein Gedanke angegeben, ohne die notwendigen genauen Angaben, und ohne daß gesagt wäre, wie sie ihre Unterbringung und ihren Erfolg gewährleistet gesichert werden soll. Ebenso fehlen alle Vorschläge über Garantien und Pfänder, sowie jede Bürgschaft für deren tatsächliche Bestellung.

Der deutsche Vorschlag scheint daher keinen ernsthaften und vollständigen Plan zu bieten, wie er unbedingt notwendig gewesen wäre, um zu einer auch nur grundsätzlichen Erörterung Anlaß zu geben. Wiederholt beschränkt er sich auf eine Reihe von unbestimmten und ungenauen Angaben, die um so weniger Wert haben, je wichtiger die Fragen, auf die sie sich beziehen, für die allgemeine Regelung sind.

Dieser Mangel wird von der Italienischen Regierung um so bedauerlicher sein, weil er zum allgemeinen Schaden jede Anbahnung einer Lösung des Problems verzögert und weil er eine Ansicht zulassen kann, der geringste Aufwand für die Lösung dieser Frage wäre wesentlich Aufgabe der Deutschen Regierung, die Verpflichtungen zu entziehen suche.

Da die Italienische Regierung unter diesen Umständen feststellen muß, daß die deutschen Vorschläge keine wesentliche Aenderung der Lage herbeigeführt haben, und obwohl sie in ihrer Erwägung gründlich worden ist, wiederholt sie ihren Rat, daß sowohl im Interesse Deutschlands als im allgemeinen Interesse des Friedens und der europäischen Wirtschaft eig baldige neue Entschließung der Deutschen Regierung zu Vorschlägen führen möge, die durch ihren Inhalt und ihre Bestimmtheit geeignet erscheinen, von der Königlichen Regierung zusammen mit ihren Alliierten mit Aussicht auf Erfolg einer Prüfung unterzogen zu werden.

Keine rechte Befriedigung in England.

Zu große Rücksicht auf die empfindlichen Franzosen.

A. **London**, 14. 5. (Eigenbericht.)

Die englische Antwort erweckt in der englischen Presse keine rechte Befriedigung. Der allgemeine Eindruck der Deutungen geht dahin, daß Bord Curzon mit Rücksicht auf Frankreich zu großes Gewicht auf den kritischen Teil der Note gelegt habe, und daß dabei der positive Teil der Note zu kurz gekommen sei. In Uebereinstimmung damit betrachten die wichtigsten Zeitungen als wichtigsten Charakterzug der Note nicht das, was darin steht, sondern das, worüber sie schweigend hinweggeht, insbesondere die Aufbrechung und die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit, wie sie in der deutschen Note vorgeschlagen worden war. Daß Curzon diesen letzteren Punkt so völlig fallen ließ, wird vor allem auch von der „Times" lebhaft bedauert, wie denn überhaupt dieses Blatt der Meinung ist, daß Lord Curzon mit Rücksicht auf die französische Empfindlichkeit es leider verpfuscht habe, bei dieser Gelegenheit eine klare und präzise Darlegung der englischen Auffassung in der Reparationsfrage zu geben.

Die „Times" bemerkt im übrigen, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit durch eine zu rücksichtslose Finanzpolitik, vor allem durch die militärische Besetzung des reichsten Teiles des Deutschen Reiches gefährdet worden sei. Wenn Deutschland zahlen solle, so müsse man ihm zunächst seine Zahlungsfähigkeit wiedergeben. England könne nicht mehr länger warten, und man müsse dann denken, daß die Aufbrechung von der Reparationsfrage keineswegs ungerechtfertigt sei. Wenn Lord Curzon der deutschen Regierung den Rat gebe, alle Kontroversen zu vermeiden, so sei das zweifellos sehr diplomatisch, aber England erwarte von seiner Regierung, daß sie die englischen Interessen in bestimmterer und weitgehenderer Form darlegen solle.

Im gleichen Sinne wird auch im „Daily Telegraph" bedauert, daß wir allem Frankreich die größte Berücksichtigung habe, von der englischen Note betrübt zu sein. Wenn Lord Curzon darauf rechne, daß Deutschland mehr als 30 Milliarden Goldmark anbieten solle, so sei dies um so bemerkenswerter, als sowohl in politischen wie auch in kaufmännischen Kreisen Englands dieser Betrag vielleicht als die äußerste Grenze der deutschen Zahlungsfähigkeit betrachtet werde. Reichskanzler Dr. Cuno habe wiederholt erklärt, daß es diesen Betrag nicht hinausgehen könnte. Die Frage ist also jetzt, ob er seine Meinung geändert habe, oder ob er der ganze Angelegenheit eine anderen deutschen Regierung überzeugen wolle.

Diese Entspannung auf einem mäßigen beim englischen Regierungsgebiet findet sich merkwürdigerweise auch in anderen Pressestimmen, die auf eine bestimmte englische Quelle zurückzuführen sein dürften. So heißt es in den liberalen „Daily News", es sei sehr zweifelhaft, ob Cuno neue Vorschläge machen könnte, da er immer wieder in der Oeffentlichkeit erklärt habe, daß er keine Verpflichtung übernehmen könne, die er nicht erfüllen könnte. Im übrigen bedauert dieses Blatt besonders, daß auch von dem deutschen Vorschlag, die Zahlung der Schulden unter seinem Wert in der Note gesprochen wurde, was natürlich nur deshalb geschehen sei, weil nach Ansicht der englischen Regierung die Frage der Sicherheiten erst nach der Reparationsfrage behandelt werden könnte. Diese Bemerkung der „Daily News" ist richtig und entspricht in der Tat der Ansicht der englischen Regierungspresse. Daß zwei deutsche Standpunkte, das sind die Trennung der beiden Fragen und besonders die Reihenfolge, in welcher sie behandelt werden sollen, die größte Skepsis gezeitigt, wurde an dieser Stelle bereits wiederholt betont.

Der „Daily Chronicle" spricht den wichtigsten Punkt der englischen Note darin, daß England bei der Lösung der Reparationsfrage an der Seite seines Alliierten stehen werde, und glaubt diese Sätze dahin deuten zu können, daß die englische Regierung es unbedingt ablehnen werde, bei der endgültigen Regelung sich auszuschalten zu lassen.

Die linksliberale „Westminster Gazette" ist der Meinung, daß die Note zwar nicht besonders weit für auf den deutschen Vorschlag der internationalen Kommission keine Rücksicht nehme. Die hochkonservative „Morning Post" spricht gegenüber natürlich vielleicht die französische Auffassung und verlangt, daß die englische Regierung in der Reparationsfrage bis zum Aeußersten auf den französischen Standpunkt stelle.

Die Stimmung im Reichstag.

Die Fraktionen des Reichstages haben für heute meist nach Schluß der Plenarsitzung Fraktionssitzungen angesetzt, um sich über die Noten Englands und Italiens auszusprechen. Die Deutschnationale Volkspartei tritt schon der Beginn der Plenarsitzung zu einer Fraktionssitzung zusammen. Die Besprechungen aller Parteien, soweit sie der Regierung nahestehen, äußern sich nur mit größter Zurückhaltung über ihre Auffassung. Offenbar überwiegt stark die pessimistische Auffassung.

Besonders die ernste Form der englischen Note hat dem Optimismus, der noch in den letzten Tagen überhaupt noch etwas davon zu spüren war, jeden Anhalt entzogen. Bei den Abgeordneten der äußersten Rechten herrscht die Auffassung vor, daß eine Fortsetzung der Aussprache mit der Alliierten unterbleiben sollte. Einer Ansicht haben können, da sich England in so schroffer Form an die Seite Frankreichs gestellt habe und keine Aussicht sei, daß England die Franzosen zum Einlenken bringen werde.

Nach der Beratung der Fraktionen wird sich wohl ein klares Bild von der Stimmung im Reichstag ergeben. Nur soviel sei noch gesagt, daß, wenn die und da von Anhängern gerissener Aufsassungen davon gesprochen wird, daß nur ein anderes Kabinett als das Kabinett Cuno neue Vorschläge machen könne, diese Aeußerungen keine sachlichen Anhaltspunkte haben.

Peking beugt sich den Banditen.

Peking, 13. 5. (W. T. B.) Das Verkehrsministerium teilt mit, daß die Banditen, die den Eisenbahnüberfall in Schantung ausgeführt haben, sich bereit erklärten, alle Gefangenen freigelassen, vorausgesetzt, daß die Truppen sich von ihrem Stützpunkt zurückziehen und daß ihnen Verzeihung für ihre Handlungen gewährt wird. Die chinesische Regierung hat den Gouverneur von Schantung angewiesen, diese Bedingungen anzunehmen.

Moskaus Antwort an England.

London, 14. 5. Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail" hatte eine Besprechung mit Litwinow, der ihm erklärte, die Antwort der Sowjetregierung auf das englische Ultimatum bei dem Führer der englischen Abordnung in Moskau, Hodgson, gestern übergeben.

Frankreich hält sich für den „Sieger".

Befürchtungen wegen Englands künftiger Haltung.

S. **Paris**, 14. 5. (Eigenbericht.)

Die französische Regierung, die bis zum Bekanntwerden der englischen und der italienischen Note eine gewisse Nervosität doch nicht verbergen konnte, faßt heute durch die ihr treu ergebenen Blätter erklären, daß sie in diesem Notenkriege tiegreich über Deutschland besiegt habe. Paris ist zufrieden, aber bemüht sich wenigstens, es zu sein. Die englische Note bekommt die Zensur gut, die italienische sogar das Prädikat sehr gut. Mißbehagen erregt es nur, daß Lord Curzon sich als Vermittler inbietet, aber gleichzeitig sich ausschweigt über die deutschen Garantien und Pfänder. Man sagt tatsächlich in Pariser Regierungskreisen allerlei Befürchtungen hinsichtlich einer Aufgabe der englischen Neutralitätspolitik, und jetzt ist man froh, daß diese Befürchtungen sich als grundlos erwiesen haben. Unangenehm berührt ist man allerdings noch immer darüber, daß England sich alle Rechte vorbehält, denn bisher allerlei Andeutungen zu. Daß weder die englische noch die italienische Note die Ruhrfrage selbst erwähnen, erweckt eine besondere Genugtuung in Paris und man schließt daraus, daß trotz der Interessengegensätze doch immer allseitige Einigkeit darüber besteht, daß Deutschland zahlen müsse. Die italienische Note kommt der französischen Mentalität näher, weil sie, was wir bereits unterstrichen haben, die Frage der interalliierten Schulden in den Vordergrund rückt.

Man möchte in Paris glauben, daß durch die englische Note eine gewisse Entspannung zwischen Paris und London zu verzeichnen sei. Diese beiden Siege ist nicht der geringste, der an Tonne und Leiden der bei weitem größte gewesen. Sein Kriegsziel an den Gutsbesitzern hangen ist unserer Beschieden (!). Ich hoffe nicht, daß man ihn beraubmindern wird."

Ansprache an die Eisenbahner.

Poincaré hat Sonnabend abend vor den französischen Eisenbahnern eine Rede gehalten. In dieser Rede führte er u. a. aus:

Es ist eine schlimme Verkennung, wenn man Frankreich als eine egoistische, ehrgeizige, angriffslustige und eroberungslustige Macht hinstellt. (!) Es gab immer Diebe, die schrien: Haltet den Dieb, wenn sie Angst hatten, entdeckt zu werden. Aber hinsichtlich des republikanischen Frankreichs kann ein derartiger Ruf niemand beunruhigen. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß Frankreich in dieser Zeit, in der eine Reihe von Gesinnungsbeweis, die anderen mit Rücksichtslosigkeit eine einzige wahre Politik betreiben, im Gegenteil sich gegen den entrasten Ihnen von Gewaltpolitik aber Deutschland hingibt. Frankreich gibt sich allzu gern der Einbildung hin, daß es um keiner selbst willen geleitet wird. Ich gebe zu, daß eine derartige zeitsentimentale Veranlagung von Zeit zu Zeit unserer auswärtigen Politik schadet, aber ich empfinde die ganze Verantwortlichkeit, die wir für das durch erhalt. — Ich bleibe davon überzeugt, daß diese Veranlagung und troz alledem eine Kraft gibt, die uns hat die Lebensmittel in dieser etwas glorreichen Nationalgemütlichkeit entschädigt.

Italiens Finanzen.

Mailand, 14. 5. (W. T. B.)

Zu der Rede, die der Finanzminister De Stefani in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Mussolini, der Minister und Unterstaatssekretäre sowie einer Reihe von Senatoren und Senatoren gestern in der dicht besetzten Scala hielt, erklärte er, wir sind bei einer neuen Etappe unserer Wiederaufbau angelangt und können die Wiederaufbau und die vollzogene Arbeit zurückblicken. Die Ausgaben für die nationale Verteidigung sind auf 2 Milliarden gesunken, die Einnahmen betrug 2 Milliarden für gewisse Ausgaben der Verkriegszeit zurück bleibt. Die hierbei ergiebte Ersparnis gegenüber den Ausgaben der Vorkriegszeit beträgt 1 Milliarden. Die Budgetziffer bleibt allerdings immer noch beschwer größer als vor dem Kriege. Das Defizit im Eisenbahnwesen, das im vergangenen November auf 654 Millionen Lire angeschlagen wurde, wird auf 374 Millionen herabgesetzt, wobei 142 Millionen für geringeren Verbrauch an Kohlen und 100 Millionen für höhere Einnahmen angesetzt sind. Für das Jahr 1924 ist eine weitere Herabsetzung des Defizits auf 300 Millionen, für 1925/26 eine völlige Ausgleichung im Eisenbahnhaushalt vorgesehen.

Zwei Poincaré-Reden.

Denkmalseinweihung in Commercy.

Paris, 14. 5. (T. U.)

Ministerpräsident Poincaré wohnte in Commercy (Dep. Meuse) der Einweihung eines Denkmals für die im Kriege Gefallenen bei und hielt dabei eine Rede, in der er u. a. sagte:

Nachdem Frankreich die ihm entrissenen Provinzen (!) wiedererlangt habe, hätte es trotzdem die jahrhundertealten Erkennnen nicht verlassen und sich etwa einbilden, es genüge, einen Friedensvertrag unterzeichnet zu haben, um gesichert zu sein, daß dieser Friede sich auch wirklichkeit. Frankreich kenne die Gesinnung seit über 1900 Jahren, und es habe feststellen können, daß diese sich in dieser langen Zeit kaum geändert hätten. Es gebe gewissen und unter den Deutschen eine Anzahl höchst ehrenwerter Menschen (!), die im Geschäfts- oder privaten Leben die Unehrlichkeit nicht aufzubringen vermögen, aber Unehrlichkeit zu verleugnen und die in ihrer allzugroßen Moral die leidenschaftlichen Beschlüsse wie die Franzosen.

Frankreich habe heute ein Deutschland gegenüber sich, das sich nicht entmutigt bangen aber Frankreich anklagen, sich gegen Deutschland benachteiligt zu haben, ein Deutschland, das eine Ehrenschuld eingegangen sei, die aber nicht zahle, ein Deutschland schließlich, das Frankreich mit imaginären Anschuldigungen überhäufen wollen. Wir hatten nicht, sagte der Redner, daß Deutschland erst durch eine Katastrophe zu seinen Lande bankier bekehrt werden müsse, wenn man das Wettrennen der Welt gewinnen will, es zu allererst notwendig ist, sein Wort zu halten und seine Versprechen zu erfüllen!"

Poincaré erwähnte dann, alle kommenden Ereignisse mit Geduld und Ruhe abzuwarten, denn an Ruhe werde Frankreich immer besser und weitauseinander Maßregeln ergreifen. Zum Schluß sagte Poincaré: „Der Anteil Frankreichs am endgültigen Siege ist nicht der geringste, der an Tonne und Leiden der bei weitem größte gewesen. Sein Anteil an den Gutsbesitzern hangen ist unserer Beschieden (!) Ich hoffe nicht, daß man ihn beraubmindern wird."

Curzon und Mussolini.

Die englische und in noch höherem Maße die italienische Antwort auf den deutschen Schritt vom 2. Mai bestätigen die Richtigkeit des Gedankens, der hier immer wieder vertreten wurde, daß die Rücksicht auf Frankreich und der Wunsch, Frankreich aus der Sackgasse einer verfehlenden Politik herauszuhelfen, den politischen Wert der englischen Sachlage für Deutschland weit übersteigt. Der Vorstoß der englischen Note trägt zwar der wiederholten Forderung des „Temps" nach Rechnung, der Lord Curzon einstehen hatte, von Deutschland einfach den Verzicht auf den passiven Widerstand zu verlangen und damit die „holde Solidarität" mit Frankreich wiederherzustellen. Das sei der einzige Weg, der aus der englischen Verstimmung über die „Wiederstürzung" der französisch-belgischen Antwort herausführe. Es war aber von vornherein klar und wird sich jetzt auch der englischen Presse als aus den Regierungserklärungen und der Rede, die Lord Curzon in der „Kimrys Society" hielt, daß die Differenz zwischen London und Paris in der Frage des deutschen Vorschlages sich mehr auf die Form als auf den Inhalt bezog. Die Note Lord Curzons ist geeignet, jeden Zweifel in dieser Hinsicht zu zerstören, und sie tut das in einer so scharfen und ungewöhnlichen Form, daß das Bedauern über den deutschen Schritt nur wesentlich verstärkt werden kann. Die englische Regierung, die die Versetzung der britischen Souveränität, wenn englische Fischerboote in Frage kommen, mit größtem diplomatischem Geschick verteidigt, überließ persönlichkeit, daß eine vitale Bedrohung des deutschen Volkes durch Frankreich, Bruch des Versailler Zustimmungs, planmäßiger, gewaltsame Mißhandlung Deutschlands vorliegt, und bezeichnet als „große Enttäuschung" das Angebot deutscher Leistungen, das das allerärgerste dessen darstellt, was überhaupt jemals eine deutsche Regierung anbieten kann, sofernse sie den Willen hat, auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben.

Lord Curzon findet, daß das deutsche Angebot von 30 Milliarden viel zu niedrig sei. Das widerspricht seiner Rede, in der es u. a. hieß: „Ich kann es bestimmt, wobei die deutsche Regierung zögert, eine bestimmte Summe zu nennen. Die kann sagen, daß durch die Ereignisse der letzten drei Monate die Verhältnisse sich so schroff geändert haben, daß das, was im Januar möglich war, im April nicht länger möglich ist." Zum Mai ist es das noch weniger. Man könne diesen Passus der englischen Note dahin auffassen, daß Curzon Deutschland empfehle, sich den vom Bonar Law zu eigen zu machen. Wie sehen jetzt ganz davon ab, daß die 67,31 Milliarden Goldmark, die er vorschlug, eine vollkommen unmögliche Ziffer darstellen. Aber was Mussolini das in zu aufgeschroben, daß Italien diesen englischen Plan auch heute ablehne. Frankreich hat ihm von Anfang an verworfen. Ein deutscher Vorschlag, der zu den Zahlen Bonar Laws passt, erscheint, ist politisch und kaufmännisch unmöglich. Ueberdies wäre auch seine Ablehnung sicher. Bemerkenswert wird auch die Art der von Deutschland vorgeschlagenen Garantien. Die Garantien hier aber genauere Angaben gemacht werden, solange weder über die Höhe der deutschen Leistungen, noch über die Art und Bedingungen der Anleihen auch nur die geringste Sicherheit besteht? Die italienische Note zeigt in der Form noch größere Schroffheit und trägt dem französischen Standpunkt noch mehr Rechnung, indem sie von „Garantien und Pfändern" spricht und die Verknüpfung der Kriegsschulden mit den interalliierten Kriegsschulden hervorhebt. Sie macht sich fropar zum Dolmetsch eines Hauptpunktes der französischen Gegenpropaganda, indem sie eine Ausdehnung der Garantien, wenn Deutschland sich unter dem Einfluß innerpolitischer Erwägungen der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu entziehen suche. Mussolini spricht auch direkt aus, daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage für endgültige Verhandlungen bieten könnten.

Schon dieser kurze Ueberblick zeigt, daß der englische und italienische Akt an Deutschland neue weitergehende Vorschläge zu machen, mit der größten Reserve aufgenommen werden dürfte. Das Mißtrauen wird nachdrücklich verstärkt durch die merkwürdige Kombination, die die neuen deutschen Vorschläge „unter Ausschaltung aller unwesentlichen und strittigen Punkte" zu erfolgen hätten. Damit sind offenbar alle diejenigen Punkte gemeint, in denen Poincaré sich festgelegt hat: die Frage des passiven Widerstandes, die Räumung im Verhältnis der Zahlungen, die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung Deutschlands, der Verzicht auf „Sanktionen". Mit aller Deutlichkeit muß gesagt werden, daß diese Punkte für Deutschland in keiner Weise unwesentlich sind. Wir stehen in einem großen Kampfe um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Die Kontributionspflege kann von dem widerrechtlichen Einfall und Aufgrebiet unter keinen Umständen getrennt werden, und es ist ganz ausgeschlossen, die wirksame Waffe der Ruhrbesetzung aufgeben, um eingeschlossen, aufrichtige Vorteile wollen.

Am merkwürdigsten berührt das Schweigen Lord Curzons über den wichtigsten Teil des deutschen Vorschlages, nämlich das Ringelnd, falls die gewünschte Lösung nicht die Zustimmung der Entente findet, daß gesamte Reparationsproblem einer internationalen Kommission zur Entscheidung zu unterbreiten. Wir haben das seinerzeit einen Blankoverzicht auf die deutsche Wirtschaft genannt und ernstesse Bedenken geäußert. Selbst dieser ungeheure Zugeständnis wird aber mit Rücksicht auf Frankreich einfach ins Leere gesprochen. Ebensowenig erwähnt Lord Curzon die deutsche Bereitwilligkeit zu einem gegenseitigen politischen Friedenspakt und den Vorschlag wirtschaftlicher Kooperation. Die ganze Note, mit alle dem, was sie sagt und was sie verschweigt, dringt wie Zustimmung zu der gemeinen Rabulistik Poincarés, der von Deutschlands systematischer Revolte gegen das Versailler Diktat zu sprechen wagt, das Frankreich zerfetzt hat und planmäßig mißachtet.

Wir sehen keine Möglichkeit, auf dem Boden des Angebot vom 2. Mai betretenen Wege fortzuschreiten. Dieses Angebot hat nach dem „Matin" den Eindruck erweckt, daß Deutschland

Devisenhausse.

Die Aufwärtsbewegung der Devisen machte heute neue Fortschritte. Vorbörslich wurde der Dollar bis 46 500 gehandelt. Er erreichte bei Amtsschluß wieder den höchsten Kurs vom Januar dieses Jahres. An der Börse fand eine Abschwächung bis auf 46 000 statt auf Grund von Gerüchten, daß die Reichsbank wieder intervenieren werde. Am Effektenmarkt kam nach ruhigem Beginn im späteren Verlauf eine Hausse in Montanaktien zum Durchbruch.

Im späteren Verlauf der Börse trat auf Abgabe der Spekulation eine starke Abschwächung ein. Dollar 44 500.

Amtl. Dollarkurs: 46000.
Effekten ruhiger — Devisen fest.

Die Verhandlungen über die Löhne im Bergbau.

Die Verhandlungen über eine Lohnerhöhung im Bergbau haben am Sonnabend noch zu keinem Ergebnis geführt und werden am Dienstag fortgesetzt. Es ist zu erwarten, daß sie dann zum Abschluß kommen, da die Vertreter des Reichsfolgewerbundes und des großen Ausschusses des Reichsbahnverbs, die über eine etwaige Kohlenpreiserhöhung zu beschließen haben, am Mittwoch zusammen werden.

Kroatiens Autonomiebestrebungen.

S. **Paris**, 14. 5. (Eigenbericht) Wie amtlich aus Belgrad berichtet wird, werden drei die Besprechungen fortgesetzt, um Kroatien eine Autonomie zu geben.

Der Eisenbahnerstreik in Belgien.

S. **Paris**, 14. 5. (Eigenbericht) Wie aus Brüssel gemeldet wird, nimmt der Streik der Eisenbahner in Belgien heute vormittag sehr große Ausmaße an. In Antwerpen ist infolge des Streiks fast der gesamte Hafenverkehr eingestellt. Ueber 4000 Waggons stehen am Hafen ohne ausgeladen zu werden. Der Südbahnhof ist gänzlich geschlossen, der Frachtenbienst bereits völlig eingestellt. Nach einer Bekanntmachung sind die Eisenbahn- und Postbeamten der Reserve einberufen worden, um einen Notdienst aufzunehmen. Gestern abend fand im Generalsekretariat in Brüssel eine Konferenz des Syndikats der Eisenbahner statt, nach welcher die Lage sich heute morgen sehr stark zugespitzt hat.

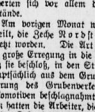
Auflösung der russischen Lausanne-Delegation.

d. **Lausanne**, 14. 5. (Eigenbericht) Der Vertreter der Schweizer Handelsregierung Egotiansstat Stulz, stattete gestern im Auftrage seiner Regierung der Gattin des ermordeten Worowski einen Beileidsbesuch ab. Die Ueberführung der Leiche Worowskis ist der Berlin nach Moskau erfolgt heute. Nach einer Erklärung der in Lausanne eingetroffenen Mitglieder der Berliner Sowjetregierung Litwinow und Ukinow soll die russische Delegation in Lausanne aufgelöst werden. Nur der schwerverletzte Dimitrowski soll noch unter der Obhut des Vertreters der russischen Telegraphenagentur in Lausanne bleiben.

Eine Trauerfeier für Worowski findet heute auf dem Friedhof von Montoie statt. Allerhand wird die Leiche über Berlin nach Moskau übergeführt werden. Der Staatsrat von Lausanne hat gestattet, daß die kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften die Leiche mit ihren Fahnen zur Bahn begleiten dürfen, eine Kränze an die Leiche Frankreichs gestellt habe und keine Fahne sei, daß England die Franzosen zum Einlenken bringen werde.

Nach der Beratung der Fraktionen wird sich wohl ein klares Bild von der Stimmung im Reichstag ergeben. Nur soviel sei noch gesagt, daß, wenn die und da von Anhängern gerissener Auffassungen davon gesprochen wird, daß nur ein anderes Kabinett als das Kabinett Cuno neue Vorschläge machen könne, diese Aeußerungen keine sachlichen Anhaltspunkte haben.

Ein deutscher Mann.



Adolf Glaum.

Der Techniker Adolf Glaum in Gilten ist wegen Hochverrat und Mitgliedschaft in der Hitlerbewegung zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Mitjahren Ehrverlust verurteilt worden. Seine Revision wurde verworfen. Glaum hat sich während der Untersuchungshaft und der Verhandlung sehr mannhaft benommen und trotz aller Verlockungen die Namen seiner Kameraden und Mitwisser nicht verraten.

Neue Zechenbesetzungen.

th. **Gelsenkirchen**, 14. 5. (Eigenbericht) Gestern wurden wieder die Schachtanlagen Zollern I und Germania II in Bürgendortmund, der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft gebörig, von den Franzosen besetzt. Sie führen sich vor allem die Kohlen- und Koksbestände.

Am vorigen Monat war, wie bereits mitgeteilt, die Zeche Nordstern von den Belgiern besetzt worden. Die Art der Besetzung hat derart große Erregung in die Arbeiterschaft getragen, daß sie beschloß, in den Streik zu treten und zwar bis zu Schluß auch dem Grunde, weil die zur Fortführung des Grubenbetriebes notwendigen zwei Lokomotiven beschlagnahmt worden waren. Außerdem hatten die Arbeiter, die von den Arbeitsstellen an der Kokerei vertrie

A1 B2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

für Begriffe sei, die Partie zu verkleren. Es sei nicht die Hauptsache, die Zahlungen um einige Wochen zu erhöhen. Deutschland müsse sich gefehlgen erklären und zu spielen beginnen ausschließlich bedingen, weil Frankreich es dann gewinnen habe. In seiner Rede bete Lord Curzon, daß Frankreich Vorsicht sei, „Eröffnungen entgegenzunehmen". Wir haben damals davor gewarnt, diese sehr unverbindliche Bemerkung zu überschätzen. Heute sind nicht die geringsten Bürgschaften gegeben, daß ein neuer Schritt bessere Aussichten auf Erfolg hätte. Die deutsche Leistungsfähigkeit ist auch nach den Bestimmungen von Versailles die Grundlage unserer Zahlungen. So lange diese Leistungsfähigkeit nicht festgestellt werden kann, sind alle weiteren Noten zwecklos und schädlich. Der Beweis liegt vor, daß es Frankreich nicht um Zahlungen zu tun ist und daß die englischen Bemühungen nur Illusionen täuschen konnten. Verhandlungen können wir haben — um den Preis der Kapitulation. Aber dieser Preis will und wird das Ruhrgebiet und das gesamte deutsche Volk nicht zahlen. Dr. F. K.

Zum Lausanner Mord.

Nach den vorliegenden Pressberichten gewinnt es immer mehr den Anschein, daß es sich bei der Ermordung des russischen Diplomaten Worowski um einen rein persönlichen Racheakt und nicht um einen politischen Mord handelt. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Der Vater und Onkel des Attentäters Moritz Conradi waren in den abgelaufenen Jahren aus der Schweiz nach Rußland eingewandert und hatten in Petersburg eine Schokoladenfabrik gegründet, die vor dem Kriege in ganz Rußland bekannt war. Nach dem bolschewistischen Umsturz wurde die Conradische Fabrik nationalisiert, und der bis dahin sehr wohlhabende Familie verlor ihr ganzes Vermögen. Die Besitzer der Fabrik, die beiden Brüder Conradi, wurden von den Bolschewisten verhaftet und nach längerer qualvoller Gefängnishaft hingerichtet. Als der einen Conradi bereits zum Tode verurteilt war, wurde der Familie von Beamten der Petersburger „Tscheka" mitgeteilt, daß der andere Bruder — der Onkel des Attentäters —, für den sich besonders die Arbeiter der Fabrik verwandt hatten, gegen eine große Geldsummme freigelassen werden könnte. Die Familie Conradi brachte unter großen Opfern diese Summe und ließ sie einem Beamten der Tscheka übergeben. Conradi wurde trotzdem am nächsten Tage erschossen. Der Attentäter, der die deutsche Botschaft in Petersburg absolviert hat, trat mit Kriegsbeginn in die russische Armee ein, wo er bis zum Hauptmann avancierte. Nach dem bolschewistischen Umsturz gelang es Moritz Conradi, in die Schweiz zu fliehen.

Botschafter Harvey und England.

o. **New York**, 12. 5. (Eigenbericht.)

Der Londoner Botschafter Harvey erklärte bei seiner Ankunft in New York, er müsse zugeben, daß er für England eine Vorliebe besitze, er sei aber nicht so dumm sich einfangen lassen.

Finnlands Dank an die deutschen Finnlandskämpfer.

In warmherziger Weise ist in Finnland anläßlich des fünfjährigen Jubeltages der Befreiung Finnlands der deutschen Truppen gedacht worden, die für Finnlands Freiheit gekämpft und gelitten haben, und immer wieder gibt die Bevölkerung Finnlands Beweise dafür, mit welch rührender Dankbarkeit sie der deutschen Feldgrauen gedenkt, die ihr Leben für Finnlands Freiheit geopfert haben. Am 22. April, dem fünfjährigen Befreiungstage der Stadt Mikkeli, ist auch dort dem Zeß des Schutzbrief eine **Sammlung zum Besten der Hinterbliebenen der in Mikkeli begrabenen der deutschen Heeresangehörigen** veranstaltet worden. Die hat 2660 finnl. Mark und 100 000 Reichsmark ergeben.

Der neue Münchener Polizeipräsident

pn. München, 14. 5. (Eigenbericht.) Mit der Leitung des Polizeipräsidiums München ist mit sofortiger Wirkung der bisherige Oberregierungsrat Mandel von der Provinzialregierung in Augsburg beauftragt worden unter gleichzeitiger Verleihung des Titels eines Polizeipräsidenten. Gegen den Oberregierungsrat Mandel, Verbindungsoffizierem im Ministerium des Innern, hat sich eine starke Oppositionsbewegung, namentlich auch von seiten des Nationalverbandes der Offiziere, gerichtet, weil er angeblich nach links neige, so daß die Regierung den zuerst von ihr als zurzeit einzig möglichen Münchener Polizeipräsidenten Bezeichneten doch wieder aufgeben mußte.

Unter der Fremdherrschaft.

Vorbellbetrieb unter Maschinengewehrschutz.

Recklinghausen, . . . Mai.

In Recklinghausen ist in den Tagen vom 29. zum 30. März der Arbeiter Franz Wierych, einwohniger Invalide, von einem französischen Posten erschossen worden. Eine Aufklärung des Sachverhaltes ist bisher nicht möglich, da die Franzosen sofort nach der Tat nach bewährtem System die Augenzeugen des Vorfalles fortschafft hatten. Nach langem Zögern gelang es sie sich endlich wiederfinden, diese wegen Störung der öffentlichen Ordnung vor Gericht zu stellen mit dem Erfolge, daß in der Sitzung vom 28. April alle freigesprochen wurden. Der Tatbestand liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Seit langem nimmt die Bevölkerung Anstoß an dem übelberüchtigten Vorbellbetrieb einer bestimmten Werkschaft, zu denen Gelsen vor allem französische Militärpersonen gehörten. Tagesunruhe und Lärmstörung vor ihrem Hause waren täglich Ereignis. Als am Abend des 29. März französische Offiziere dieses gottlose Treiben aufgesucht hatten, drang gegen Mitternacht eine Meute junger Burschen in das Haus, zerschlug ein, vor Tische und Stühle um und verschlug eine Angahl Gläser. Die französischen Offiziere landeten voller Angst zwei der frechsten jungen Burschen und nahmen Geiseln. Wenige Wochen vorher, um die alsbald eine starke Patrouille mit einem Maschinengewehr erschien, die das Haus militärisch besetzte und Posten aufstellte. Während die Offiziere in der Gesellschaft ihrer Retterinnen Erholung von dem ausgestandenen Schrecken suchten. Auch nochdem die Offiziere das Haus verlassen hatten, bewachte es der französische Posten mitsamt seinem wertvollen Insassen getreulich weiter.

Unglücklicherweise führte morgens gegen 3 Uhr eine Angahl junger Leute, die bisher in einer einhalbe Stunde entfernten Wirtschaft gefeiert hatten, der Heimweg an diesem Hause vorbei. Als der erste, der obengenannte einarmige Invalide Franz Wierych, dieses Haus verlassen hatten, bedrohte er die französische Besatzung mitsamt seinem wertvollen Insassen getreulich weiter.

Unglücklicherweise führte morgens gegen 3 Uhr eine Angahl junger Leute, die bisher in einer einhalbe Stunde entfernten Wirtschaft gefeiert hatten, der Heimweg an diesem Hause vorbei. Als der erste, der obengenannte einarmige Invalide Franz Wierych, dieses Haus verlassen hatten, bedrohte er die Insassen der Zweienhaft verschossen Posten ohne Anruf mit einem Schuß nieder, der ihn von hinten in die Hüftgegend traf und zum Bauch herausstrat. Seine entsetzten drei Kameraden wurden von der aus dem Hause stürmenden französischen Besatzung sofort umzingelt und festgenommen. Sie durften ihren unglücklichen Freund noch in die Küche des Hauses tragen, wo er noch wenigen Minuten verschied, und wurden dann sofort zunächst vier Wochen ohne jedes gerichtliches Verhör ins Gefängnis gesteckt.

Westfalen — Lippe für Ruhr und Rhein.

Py. Bad Salzuflen, 13. 5. (Eigenbericht.) Die dritte Wirtschafts- und Preiskonferenz des Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbeirats, die in diesem Jahre im Solbad Salzuflen abgehalten wurde, beschäftigte sich in ausgedehnter Zeitung mit den wirtschaftspolitischen Fragen, die sich für Deutschland und Frankreich aus der Ruhrbesetzung ergeben. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, welche gegen die französische Gewaltpolitik vor aller Welt leierlichen Einspruch erhebt und von der Reichsregierung verlangt, daß sie unerschütterlich bleibe in der Abwehr feindlicher Annahung und in der Wahrung der Rechte, die Deutschland in seinem schweren aber gerechten Kampfe zum Ausdruck gegen zu zwingen. Von gelamten deutschen Volk wird erwartet, daß es in einmütiger Geschlossenheit stehe, zum ehrenvollen Frieden bereit, gegen Schändung und Knechtung aber zum äußersten entschlossen, das Deutschland frei ist von den fremden Bedrückern.

Die Vergütung der Besatzungsschäden.

Die weltbeurteilen Zentrumsabgeordneten Dr. Bell und Genossen haben im Reichstag eine Entschließung eingebracht, nach der die Reichsregierung zur Wahrung der Interessen der Rhein- und Ruhrbevölkerung jedenfalls die Festlegung der für Besatzungsschäden zu gewährenden Vergütung erfolgt, die von nicht geschehen ist, mit den verfeindeten Rechtsnachfolgern der Mächten und alle Besatzungs, infbesondere auch auf organisatorischen Gebiete, treffen soll, die gesamt sind, die sofortige Festsetzung und Auszahlung dieser Vergütung zu gewährleisten.

Eine Erdbiquelle von ungeahnter Größe ist nach einer Eigenmeldung aus Hamburg in der Landmark Rosenthal bei Bledede entdeckt worden.

Anschluß Sachsens an Preußen?

Aus Leipzig wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Bei den Landtagsverhandlungen der letzten Wochen, auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei für Offsachsen in Pirna und sonst in immer weiteren Kreisen Sachsens, wird unverdrossen und unentwegt die Forderung nach Anschluß für den Freistaat Sachsen an Preußen zu suchen. Zumal seien alle Wünsche und Bestrebungen wieder. Es taucht Gedanken auf, die vor hundert Jahren, nach der Teilung Sachsens im Jahre 1815, immer, daß Sachsens ausgeschnittene Staatsdämmer und verworrenen Politiker auf tiefste bewegten. Es sind auch die Traditionen der sächsischen Nationalliberalen von 1866, es ist d. von Treitschke Programm, das die Deutsche Volkspartei heute wieder aufnimmt.

Immerhin hat nun Jahrhunderte Sachsen seine staatliche Selbständigkeit mit gutem Grund, mit innerer Notwendigkeit und mit höchsten Erfolg bisher behauptet. Bis 1918 schuf Sachsen so auch eine aufgeklärte, weitsichtige und tatkräftige Verwaltung. Das Kapital, die Industrie, die Arbeiterschaft und ein Beamtenkörper fühlten sich wohl in allen diesen Kreisen unbedingtes Vertrauen genoß. Und heute? Der Freistaat Sachsen „erfreut sich" heute einer aufgepfropfenen Reichsregierschaft. Nicht mehr das Gesamtinteresse, sondern allein das Parteiinteresse entscheidet. Noch gehren die beste leitenden Kreise Sachsens von dem Chaos Kapital, das ihnen wirkliche Staatsmänner hinterließen. Aber mit unheimlicher, rasender Geschwindigkeit scheint man auch die letzten Reste dieses Kapitals zu vernichtesselten. Eine schwere Schuld trifft dabei die Mehrheitssozialisten. Anstatt Gebrauch von ihrer besseren Einsicht zu machen, haben sie vor den negativen Strömungen kapituliert.

Der Ruin der sächsischen Verwaltung, ebenso wie der Justiz liegt schon heute vor den Augen jedes Sachsenkindes. Der Staatsgedanke wird unbewußt, aber mit furchtbarer Folgerichtigkeit in Sachsen zerstört. Nicht allein die eingeleitete Personalpolitik weist mit innerer Notwendigkeit dem Untergang des Staates zu. Schon heute sucht die Regierung sie ihren lostspielgen verfassungsfeindlichen Unternehmungen das unbedingt baziu notwendige Kapital. Aber eine Regierung, die unter dem Druck der Straße dem Kapital den Krieg bis auf's Messer erklärt hat, darf sich nicht wundern, wenn das Kapital sorgsam den „Parteifreund" meidet. Die Industrie, der Handel, das Gewerbe, die akademischen Kreise, die Beamten haben sich zwischen Hammer und Amboß gedrängt, sie werden auf jede mögliche Weise bedroht und bedrängt.

An einer Stelle aber zeigt sich gewaltsam in typischer Weise, wie der Parteibokrtrinarismus in Sachsen bereits Wirklichkeit gibt. Das ist auf dem Gebiet von Schule und Kirche. Jahrelang hat man mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen den christlichen Religionsunterricht in den Volksschulen angekämpft. Der Erfolg? — Eben wurde im Landtag mitgeteilt, daß von insgesamt 720 174 Volksschülern in Sachsen nur 54 045, das sind noch nicht einmal 10 v. H. der Gesamtzahl, den Religionsunterricht in den Schulen abgemeldet worden sind. Nichts bewirkt besser als diese statistische Zahl, daß mehr als 90 Prozent der sächsischen Bevölkerung sich für bewußt auf den Boden der christlichen Kultur stellt. Eine „Staatsregierung", die ihre Macht und ihr Recht allein von Volk nimmt, müßte nun doch die Folgerungen aus dieser Tatsache ziehen und alle erdenklichen Rücksichten auf die religiösen Bedürfnisse des Volkes nehmen. In Sachsen aber herrscht der „Kulturkampf". Das Parteiprogramm fordert den Krieg gegen die christlichen Kirchen. Die Staatsregierung aber steht im Dienst der „Partei". Darum sieht man zu, wie unbeschämt Kirchenbesitzer kaum mehr Besitze in der Höhe der öffentlichen Armenunterstützung erhalten. Hunderte von Geistlichen müssen als Bahn- oder Bergarbeiter, als Handelsmänner, als Diäkone in den Banken ihren Lebensunterhalt verdienen. Die Kirchengemeinden können weder die Gehälter noch die Lichtrechnungen bezahlen. Die kirchlichen Gebäude verfallen. Es haben heilige Gerüte versteht werden müssen, um unermerkete und große Ausgaben, die drängen, zu bestreiten. Sachsen und Regierung aber haben sich bisher geweigert, die angebotene Hilfe des Reichs für die Kirche in Anspruch zu nehmen.

Gewiß mehr außer den unmittelbaren Parteigängern hat Interesse an dieser Parteiregierung. Der Staatsgedanke ist im Schwinden begriffen. Immerhin, es sind noch Kreise, die bis zur Mehrheit des sächsischen Volkes sein, die bisherige staatliche Selbständigkeit aufzugeben. Aber wenn's schließlich um Leben und Sterben geht, wie die Kleinstaaterei „Leben Uebel", um das es sich bei dieser Entscheidung nur noch handelt. Der preußische Ministerpräsident Braun hat im Landtag erklärt, daß Preußen einen Anschluß an das Reich nur von der Reichsverfassung gewiesenen Wege nichts entgegensetzen werde. Das Weitere nächste Politeiregiment, das in Sachsen heute herrscht, Verfassungsbruch, die kleinliche Maulkorbgesetze, der Druck auf alle politisch Andersdenkende Kreise, die häufigen Unruhen, die Lebensmittelknappheit, die Kleinstaaten Verwirrung, die Zerrüttung und die Gefahr der Ruhe, die Zerrüttung und die Gefahr der Ruhe, die Zerrüttung und die Gefahr der Ruhe

Die Frau und der Friseur.

Eine Modenschau der Köpfe.

Die Friseur ist der sichtbare Grabmesser des Geschlechts. Nur aus diesem Grunde lassen so viele Frauen unfrisiert durch die Welt. Sie frisieren sich nur, wenn sie ins Theater gehen.

Natürlich darf man unter Friseur nicht gleich ein verschmähtes, gebrauntes Gebilde verstehen, das dessen Besitzer selbst der Nachmann eine Stunde braucht. Eine Friseur kann in fünf Minuten, mit einem Dutzend schneller Handgriffe fertig sein und ihrer Trägerin das brillantenste Jesuanis ausstecken; sie kann jedoch, auch wenn sie die geschickte Zeit dazu, lediglich beweisen, daß die jeweilige Verzauberung ihrer Zeugerin gerade so kompliziert wie ihre Haartracht ist. Allein in allem: die Friseur ist ein Verräter, der sich nie und nimme bestreiten läßt; was die Frauen bedenken sollten.

In dunkler Erkenntnis dieser und jener Mängel lassen sich viele zum Damenfriseur. Und nun mit eine Komplikation ein. Es wäre so für den Mann, wenn er lediglich auf Form und Anlage des Haarschmuckes achte, leicht einfach, die Gesichtsfrisur seiner Dame bis ins kleinste Kunstmerkmal unter Kontrolle zu stellen, unglücklicher Eben gebreten und Fadelreich und die Liebe mährte unter Triumphe feiern. Denn ihr nicht so; denn die Frau läuft, wie gesagt, zum Barzel alles lebels bedeutet: Der Damenfriseur, Damenfriseur. Der Damenfriseur, der die der ein Mann von lubtilem Gefühl ist, besten Geschmack aus einem Stubenmädel eine Herzogin machen kann, der aus einer Mähne ein fliehendes Haar, der aus einer Mähne ein fliehendes Haar, der aus einer Mähne ein fliehendes Haar

Volkswirtschaftlicher Teil.

Montag, den 14. Mai 1923.

Der Kapitalbedarf der Industrie.

1. und 2. Maiwoche.

Wir beginnen heute mit der regelmäßigen Veröffentlichung von wöchentlichen Uebersichten über den Kapitalbedarf der deutschen Aktiengesellschaften. Eine wertvolle Neuerung gegenüber den monatlichen Veröffentlichungen ähnlicher Art stellt die Ausgliederung des gesamten Kapitalbedarfs nach einzelnen (21) Industriegruppen dar. Den Berechnungen liegen die Bekanntmachungen der Gesellschaften selbst im „Deutschen Reichsanzeiger" zugrunde. — D. Red.

Der laufende Monat Mai scheint in der Beanspruchung des deutschen Kapitalmarktes durch Neuemission von Aktien eine nie vorher erreichte Rekordhöhe zu bringen. Die Ergebnisse der einschlägigen statistischen Beobachtungen für die ersten vier Monate 1923 lassen erkennen, dass die deutschen Aktiengesellschaften ihren mit der Geldentwertung zustiegenen Geldbedarf nur zum geringeren Teil durch Aktienemissionen und Aufnahme von Obligationsschulden zu decken suchten. Die Neuausgabe von Aktien erreichte relativ kleine Ziffern, im Vergleich zu den von der Reichsbank und anderen Kreditinstituten zur Verfügung gestellten Krediten.

Nicht nur die weitere starke Abwärtsbewegung der Reichsmark im laufenden Monat, sondern auch die von der Reichsbank inaugurierten Kreditverstrictionen dürften im Monat Mai eine allmählich einsetzende Umkehr in der Geldbeschaffungsmöglichkeit der Aktiengesellschaften, wie der Industrie überhaupt, eingeleitet haben. Das zeigen schon deutlich die Ergebnisse der beiden ersten Maiwochen, die im folgenden dargestellt sind: Von Beginn des Jahres erhielt die Neuemission von Aktien in Deutschland folgende Entwicklung (in Millionen Mark):

Januar . . .	10 803	30. 4. bis 5. 5. 5 602,9
Februar . .	16 111	7. 5. bis 12. 5. 4 925,9
März	14 356	30. 4. bis 12. 5. 10 528,8
April	14 585	

Nach Industriezweigen gegliedert betrug die Aktienemission in den beiden ersten Maiwochen (zusammen und für jede Woche getrennt) in Millionen Mark:

Industriegruppen	Stammaktien	Vorzugsaktien stimmrechtlos	Vorzugsaktien stimmmäßig	Vorzugsaktien mehrfach stimmmäßig	Aktien insgesamt bis 12. 5.	Aktien insgesamt 30. 4. bis 5. 5.	Aktien insgesamt 7. 5. bis 12. 5.
Montanind.	380,0	2,0	12,5	356,0	295,5		100,0
Maschinen, Schiffbau	1 003,0	16,3	5,5	1 001,0	587,0		494,5
Steine, Erden	238,8		5,2	244,0	115,5		128,5
Bauindustrie	71,5		1,0	72,5	16,5		56,0
Elektroind.	119,5			130,0	126,0		4,0
Chem. Industr.	331,3	5,5	16,5	660,3	234,5		425,8
Holzindustrie	152,5		2,5	155,0	14,0		141,0
Leder-Industrie	145,0	1,5	4,0	155,5	128,5		26,0
Papierindustr.	18,5		2,1	90,3	81,5		8,8
Gummi, Asbest	37,5		1,5	36,0	34,0		2,0
Textilindustrie	173,5	5,0	2,0	184,5	152,5		32,0
Nahrungs- und Genussmittl.	496,5		5,2	503,7	262,5		241,2
Ges. Elektrz., Wasserwerke	734,0			734,0	144,0		590,0
Reederei	54,0	6,0		60,0	53,0		67,0
Essen- und Stahlhandel	2,0			2,0			2,0
Handelsges.	143,0		0,5	143,5	143,5		
Versicherungs.	17,0	4,0		21,0	1,0		20,0
Kolonialges.	27,4		0,2	27,6	0,5		27,1
Banken	4 820,9	100,0	6,0	5 000,0	2783,9		2223,0
Verschiedene gesellschaft.	206,2		4,1	209,3	170,0		139,2
Ges. insgesamt	8 957,0		84,1	9 474,0	2925,5		3271,2
Insgesamt	10 219,2	224,8	84,8	10 528,8	5602,9		6925,8

Bei weitem am grössten war der Kapitalbedarf der Banken, die in den beiden Wochen fast genau die Hälfte der neuen Emissionen beanspruchten. An der Spitze steht die Pommersche Bank für Landwirtschaft und Gewerbe, die Antrag auf Erhöhung ihres Kapitals um 1 Milliarde Mark Stamm- und 80 Millionen Mark Vorzugsaktien gestellt hat. Die Bank Boschkowitz Cy., Berlin, erhöht um 349,9 Mill. Mark Stamm- und 100 Mill. Mark Vorzugsaktien. Auch der Kapital-Neubelauf der Maschinen- und Werkzeugfabriken war beträchtlich, betrug aber immerhin nur etwa den 5. Teil der von den Banken emittierten Betrages.

Preisfestsetzungen. Für Lieferungen ab 8 Mai 1923 bis auf weiteres erhebt die Vereinigung Deutscher Eisenrohrfabrikanten folgende Zuschläge: Amerikaner Gelben 46 500 %, Irische Vierkant- u. Gasmanschetten 49 100 %, Irische Blechmantel-Rohlfüsse 54 000 %; die Vereinigung Deutscher Kesselrohrfabrikanten 1070 %, die Spiralstahl-Gliederrohr-Vereinigung: Rohrgas 4830 %, oval. Gas 5310 %. Die Vereinigung Westdeutscher Topfgussfabrikanten erhöhte die Preise um 10 %.

Erhöhung der Nähgarnpreise. Die Vereinigungsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähfadenfabriken, München, hat, wie die „Textil-Woche" erfährt, den Aufschlag auf die Preisliste vom 12. März 1923 mit Wirkung vom 12. Mai ab von 3000 % auf 7000 % und vom 14. Mai ab weiter auf 5000 % erhöht.

Deutsche landwirtschaftliche Konzessionen in Russland. Die Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern teilt an die Handelskammer der RSFSR in Berlin mit dem Antrag wegen Entsendung ihrer Vertreter nach Russland heran. Eine Reihe grosser deutscher Landwirte in Pommern lege für landwirtschaftliche Konzessionen, wie sie an die Firma Fried. Krupp gewährt wurden, die lebhafte Interesse an den Tag. Die entsandten Vertreter hätten sich über die Lage der russischen Landwirtschaft zu unterrichten und festzustellen, inwieweit die deutschen Landwirte sich an der russischen Landwirtschaft beteiligen könnten.

Verbesserung der italienischen Staatsfinanzen. Das italienische Finanzexposé für das kommende Rechnungsjahr ist weit günstiger ausgefallen als vorauszusehen war. Es ist für das Rechnungsjahr 1923/24 ein Defizit von 1127 Millionen Lire zu verzeichnen, was eine Verminderung von 962 Millionen Lire gegenüber dem im November aufgestellten Voranschlag entspricht, der noch ein Defizit von 4 Milliarden Lire vorsah.

Bestellen Sie sofort, wenn Ihnen die „VAZ" gefällt!

Bestellzettel

Ausfüllen, in offenem, mit 20 Pfennig frankiertem Briefumschlag an den Verlag der „Vereinigten Wirtschaftsanzeiger", Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30, senden. Telefonnummer Amt Dönhoff 7561 (Expedition).

Unterzeichnete bestellt für die zweite Maihälfte die „Deutsche Allgemeine Zeitung" zum Preise von 4500 M. frei morgens und abends ins Haus.

Name:

Stand:

Ort:

Straße u. Nr.:

Wo im Hause:

Auffallend kleine Ansprüche an die Reichsbank.

Wirkung der Steuereingänge.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 7. d. M. ergibt, hat sich die Zunahme der Inanspruchnahme der Bank in der ersten Maiwoche erheblich verlangsamt. Die Ansprüche des Reichs an die Reichsbank waren (u. a. im Zusammenhang mit grösseren Steuereingängen) geringfügig; auch die Kreditanforderungen von privater Seite waren niedriger als in den letzten drei Vorwochen. Die gesamte Kapitalanlage zeigt eine Erhöhung um 145,8 Milliarden Mark, eine Ziffer, die seit dem 23. Januar dieses Jahres ständig überschritten worden war. Der Banknotenumlauf hob sich weiter um 177,1 Milliarden Mark auf 6723,1 Milliarden Mark, während der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 45,6 Millionen Mark auf 12,5 Milliarden Mark zurückging. Während der Reichsbank seit 12,75 Millionen Mark Gold aus den Kassen der Bank ins Ausland gelegt worden. Gleichzeitig wurde das im Lande befindliche Gold mit einem Darlehn in Höhe von sechs Millionen Goldmark neu belastet. Demgemäss hat sich der zur freien Verfügung der Bank stehende Goldbestand um diesen Betrag auf insgesamt 913,9 Millionen Mark vermindert, und zwar stellte sich der Goldkassenbestand der Bank am 7. d. M. auf 689,9 Millionen Mark, das im Auslande ruhende unbelastete Gold auf 224 Millionen Mark. Die Bestände der Bank an Münzen aus unedlem Metall weisen eine Abnahme um 82,5 Millionen Mark auf.

7. Mai. Sämtliche Zahlen in 1000 ℳ

	7. Mai 23	30. April 23	6. Mai 22
Metallbestand	14 458 985	14 517 345	1 020 131
davon Gold	913 909	919 909	1 001 665
Golddeport i. Ausl.	224 032	217 282	—
Reichs- und Darlehnskassensch.	1 639 259	112	1 461 270
Noten and. Banken	603 125	350 587	4 799
Wechsel, Schecks	1 088 654 304	2 986 116	724
Diskont. Schatzanweisungen	6 261 616 000	6 224 899 318	155 077 106
Lombardforderungen	25 124 868	20 466 918	52 159
Effekten	1 061 177	1 397 105	233 929
Sonstige Aktiva	536 131 143	569 721 009	11 211 944
Grundkapital	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	127 264	127 264	121 413
Notenumlauf	6 723 192 505	6 545 984 335	142 663 021
Reichs- u. Staatsguthaben	436 645 370	454 403 079	5 568 065
Privatguthaben	3 488 933 920	3 399 871 714	22 810 583
Sonstige Passiva	863 894 969	880 983 049	2 397 759

*

Die Veränderungen an den Reichsbankkonten stellen sich mit Einschluss der heutigen Veröffentlichung im Verhältnis jeweils zu dem vorangehenden Ausweis wie folgt:

(in Milliarden Mark)

Datum	Zunahme insgesamt	Reichsamt	Lombardforderungen	Diskontkredite Schatzanweisungen	Wechsel, Schecks	Privatgutaben
15. 2.	+450,8	—80,8	+376,6	+444,0	+96,9	
23. 2.	+419,7	—5,5	+143,8	+306,7	+209,6	
15. 3.	+360,3	—8,04	+503,1	+177,8	+224,1	
7. 3.	+358,5	+ 0,47	+589,9	+205,1	+409,6	
15. 4.	+401,8	—16,7	+239,4	+ 6,3	+ 54,7	
23. 3.	+685,1	— 8,7	+598,7	+181,4	+216,6	
7. 4.	+1 000,1	— 0,34	+973,5	— 90,1	+ 13	
7. 4.	+106,1	+ 0,92	+246,2	+ 51,0	+373	
15. 4.	+213,8	+ 3,16	+642,7	+163,4	+513,0	
23. 4.	+1 350,0	+ 2,16	+378,6	+171,6	+511,8	
30. 4.	+449,9	+11,2	+403,2	+227,9	+158,2	
7. 5.	+177,1	+ 4,7	+36,7	+102,9	+ 89,1	

Interessengemeinschaft Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken A.-G., Berlin, Scheering A.-G. beschlossen. Die Generalversammlung genehmigte die beantragte Erhöhung des Grundkapitals um 100 auf 275 Mill. M. Die neuen Aktien werden zum Nennwert begeben und sollen nicht in den Handel kommen, sondern als Schutzaktien bestehen bleiben. Sodann wurde die Bildung von 49 Mill. M. Inhaberstammaktien beschlossen. Von diesen werden 20 Mill. M. den Aktionären in der Weise angeboten, dass auf je fünf Stammaktien ein Genussschein gegen Einzahlung von 1000 M. entfällt, die übrigen 29 Mill. M. sollen als Verwertungsgenussscheine dienen. Es sich ausschliesslich bereits drei Viertel der Stammaktienkapitals der Chemischen Fabrik Schering in den Händen der Gesellschaft befinden, wurde ein mit der Schering A.-G. abgeschlossener Interessengemeinschaftsvertrag genehmigt, nach welchem beiden Gesellschaften die gleichen Rechte zustehen und gleiche Dividenden auszuschütten sind. Es wurde ein Gemeinschaftsrat gebildet, dem Mitglieder von den Kokswerken und vier von der Schering A-G. angehören. In den Aufsichtsrat wurde Geh. Reg.-Rat Dr. v. Fisto, Berlin, von der Schering A.-G. neu hinzu gewählt.

Ilseder Hütte. Die Gesellschaft veröffentlicht im Anzeigenteil die Tagesordnung für den 26. Mai stattfindenden Generalversammlung.

Düsseldorfer Maschinenbau-A.-G. vorm. J. Losenhausen, Düsseldorf-Grafenberg. Die Generalversammlung setzte die erst vorjährige Dividende auf 25% für die Stamm- und 6% für die Vorzugsaktien fest. Beschäftigungsgrad und Rohstoffversorgung sind befriedigend und noch für längere Zeit ausreichend.

Berlin-Kalsruher Industrie-Werke A.-G. Die auf 250% festgesetzte Dividende gelangt an den im Anzeigenteil angegebenen Stellen zur Auszahlung.

Schiffswerft Henry Koch A.-G., Lübeck. Die Gesellschaft schlägt für 1922 50 (4) % Dividende vor. Der Geschäftsgang sei befriedigend gewesen. Es liegen zurzeit grössere Aufträge im Reparaturgeschäft vor, die der Werft lohnende Beschäftigung gewähren. Ferner seien auch mehrere Neubauten in das neue Jahr hinübergenommen.

Portland-Cement und Kalkwerke „Lieg" A.-G., Neuteich (Weichsel). Zunächst teilte der Vorstand mit, dass das Werk in letzter Zeit gut ausgebaut worden ist, die finanzielle Lage günstig sei und die Lager gefüllt seien. Sodann sollte die Erhöhung des Aktienkapitals um 14 Mill. M. beschlossen werden. Ein Aktionär schlug vor, statt 8 Mill. M. den Aktionären 10 Mill. M. zur Verfügung zu stellen. Ueber diesen Vorschlag zog sich der Vorstand zunächst zur Beratung zurück, die bei Redaktionsschluss noch andauerte.

Fusion in der württembergischen Baustoff-Industrie. Die Jura-Oelschieferwerke A.-G., die Bauten- und Zementwerke Mösslingen A.-G. und die Bau- und Brennstoffindustrie A.-G. schlagen ihren auf der 7. Juni einberufenen Generalversammlungen die Fusion der drei Gesellschaften vor. Hauptbeteiligt an den Unternehmen sind der württembergische Staat, die Deutsche Petroleum A.-G. und die Rütgerswerke A.-G. Verschiedenen mit dem Staat wegen Ueberlassung der für die neue vergrösserte Gesellschaft erforderlichen Bergrechte sind bereits getroffen worden.

Landliche A.-G. in Berlin. Die Generalversammlung beschloss Kapitalerhöhung um 4 Mill. M. Vorzugs- und 96 Mill. M. Stammaktien, davon 44 Millionen Angliederungsaktien dienen. Rund 22 Millionen sollen den Aktionären 3 zu 1 zu 1500 % angeboten werden. Kurz vor Ablauf des Geschäftsjahres übernahm die Firma Gebrüder Stern, Leipzig mit grossem Areal (45 Meter Strassenfront) Fabrikgrundstücken. Es sei gutter Auftragsstand zu auskömmlichen Preisen vorhanden.

Dividendenvorschläge.

Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning in Höchst a. Main aus 3964,90 (175,90) Mill. M. Reingewinn 80 Goldpfennige gleich 300 % (. V. 90 %).

Carl Lindström A.-G., Berlin, 400 % (90 % plus 10 % Bonus).

Dittmann - Neuhaus u. Gabriel Bergenthal A.-G., Warstein i. W., 10 760 M. (gleich 20 % Dividende — auf eine Aktie (. V. 40 % plus 500 M. Bonus).

Kapitalserhöhungen.

Deutsche Eisenbahngesellschaft, Frankfurt a. M., um 8 auf 18 Mill. M.; Umtauschangebot auf je 25 000 M. Obligation für vollbezahlte Aktie von 1000 M. Bezugsrecht 5:1 zu

Berliner Börse vom 14. Mai.

Ruhiger, aber fest.

Der ungünstige Eindruck der englischen und italienischen Note und die Befürchtung einer weiteren Verschärfung der politischen Unsicherheit bedrückten anfangs die Stimmung der Börse. Die beruhsmässige Spekulation nahm Gewinnsicherungen vor, und auch das Publikum zeigte angesichts der Pfingstfeiertage zu Realisationen. Darauffhin eröffneten die Kurse auf den meisten Gebieten etwas unter Hochstand des Schluss der vorigen Woche. Später trat eine Befestigung ein, von der namentlich eine Anzahl Sonderwerte im Freien Verkehr profitiert. Die Steigerung des Dollars wirkte auf den Effektenverkehr nur unwesentlich zurück, weil Publikumsgeschäfte über eine angeblich von der Reichsbank beabsichtigte neue Stützungsaktion verbreitet wurden. Im späteren Verlauf führten Deckungsverkäufe in den leitenden Bergwerksaktien zu einer Belebung und Aufwärtsbewegung des Montanmarkts.

In den führenden Montanwerten dauerte die Hochbewegung fan ungeschwächt fort. Bemerkenswert fest lagen die oberschlesischen Werte, von denen Caro + 42 000 (155 000), Oberbedarf + 12 000 (95 000), Hohenlohe + 8500 (95 000) einsetzten. Von westlichen Werten hatten Rheinstahl die Führung, die bei 200 000 (+ 32 000) repartiert wurden und Phönix stiegen bis 185 000 (+ 21 000), liessen aber später auf 178 000 nach in Rheinstahl-Aktien kam etwas Material heraus, so dass der Kurs auf 219 000 zurückging. Auch Caro später gedrückt, 150 000, aber Oberbedarf weiter fest, 98 000. Deutsch-Luxemburg gewannen 9000 (245 000), später 235 000. Essener Steinkohlen 15 000 (255 000), Gelsenkirchen 5750 (308 000), Harpener 40 000 (355 000), Hoesch 23 000 (268 000), Mannesmann 22 000 (147 000), Kattowitzer 12 000 (185 000).

Braunkohlenwerte waren dagegen kaum behauptet, Kaliwerte blieben noch vernachlässigt, ausgenommen Westeroeeln (93 000). Chemische Werte gewannen fast durchweg einige Kursbesserungen, Oberschlesische Koks auf die heutige Generalversammlung + 16 000 (158 000), Goldschmidt + 10 000 (79 000), Riedel kaum behauptet (63 000). Von Elektrowerten wurden Felten u. Guilleaume aus den sehr ruhigen Sonnabend erwähnten Gründen bevorzugt, + 9000 (91 000), fest lagen auch Schuckert (151 000) und Siemens u. Halske (210 000). Waggonaktien brückelten teilweise ab, doch machten Linke-Hofmann eine Ausnahme, + 38 000 (148 000). Von sonstigen Industrieaktien zogen Huge Schneider, die anfangs mit 73 000 repartiert wurden, auf 76 000 an (+ 18 000). Kaiserhuber Maschinen + 5000 (39 000), Stettiner Vulkan + 17 000 (195 000), Stöhr u. Co. + 36 000 (295 000), Aschaffenbg. Papier + 18 800 (96 000).

Valutawerte fest, mit Ausnahme von Ostmel, die auf 285 000 (—65 000) zurückgingen. Recht fest lagen Lombarden-Prioritäten, die alten 81 000, die neuen 73 000. Schiffahrtswerte ruhig, doch Hansaschiffahrt fester. An Bankenmarkt waren meist leichte Kursbesserungen zu verzeichnen.

Der Einheitsmarkt lagen noch ziemlich viel Kaufaufträge vor, doch kam seitens der Spekulation Material heraus, so dass die Tendenz schließlich war.

Amtlich nicht notierte Werte.

Die nachstehende Tabelle enthält die in der Zeit von 13 bis 13 Uhr gemachten höchsten und niedrigsten Kurse.

Adler Fahrr.	17500—49000	Müller Leffm.	16500—17500	Dessauer Gas	31000
A.G. f. Mont.-Ind.	55000	Rathenow. Optik	7750—8250	Deutsch-Luxemburg	240000
A.-G. f. Verkehrsw.	45000—48000	A. Sal. Vorz.	2400—2600	Deutsch Kabelwerke	23000
Alemania Tonw.	—	Siemens & Halske	200000—210000	Deutsche Kali	66000
Adler Fahrrad	11500	Steinberg, Hanm	13000—13500	Dt. Steinzeug	32000—41000
Allg. Anzh. Fihrg.	4500	Westf. Draht	12500—13500	Dt. Ton- u. Steinzeug	32000
Anhalt. Kohlen	21000	Zellstoff Waldhof	20000—21000	Deutscher Kleinbahnbau	32950
Apollo Werke	—	Zimm. Masch.	5500—6000	Dynamit Nobel	42000—45000
Becker Stahl	35000—38000	Bing	43000—45000	Eisenbahn-Verkehrsmittel	11500
Becker Stahl	34000—38000	Gewald-Film	27000—29000	Elektrobank	41000
Bergm.	21000—23000	Ufa	14000—15500	Elektr. Lieferung	22000
Bis. Stahl. Ind.	16000	Pens Leder	9000—10000	Emaillierwerk Ges.	43000
Brandt. Zeitz	1300	Bayern Stahl	21000—23000	Essener Steinkohlen	220000
Brandtg. Zeitzer	10000	S. Rech	13000	Fabrik f. Chem. u. Pharm.	22500
Brauerei Grove	21000	Kahland Stahl	22500	Felten & Guilleaume	91000
Brown Boveri	18000	Russ. A. E. G.	2000	Feinmechanik	14000
Cellulose	1300	Schubert	29500—28500	Fränkische Kraftwerke	42000
Ceres	17500	F.A. Schwartzkopf	—	Gemeinnützige Bauaktien	18000
Chemische W. Tor.	—	Zahn Sibel	33000—34000	Gesfürel	19000
Chem. Bahn	14500—15500	Oskar Shaller	14500—15500	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Christ Hamm	40000—41000	Spangenl	—	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Disch. Erdgasol	27000—42000	Sieverts	5000— 5250	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Disch. Linoleum	14000	Stahlwerk Ergst	25000—27000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Drahte, Perlen	4300	Stahlwerk, Oest.	15000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
do. Wedeckind	—	Stadtl Magnesit	44000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Dortm. Gemeinl.	20000— 1000	Stark & Kopp	20000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Durer Metallwerke	—	Stahlwerk Rasch	25000—27000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Eisenmatthias	34000—35000	Strahmer Glas	16000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Emil Ernst	3000—4000	Schalk A. G.	5000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Elektrawerke	17000	Teichgräber	32000—35000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Enderwell Bad	33000	Tera Film	16000—17000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Feralin	4000	Thüringerfabrik	13500—14000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Fischer Hamm	43000—49000	Tuch	120000—14000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Frankfurter Asbest	1000	Tietz Warenhaus	4000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Glüsteinf.	31000—35000	Ufa	34000—32000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Gebrüder Zeitzer	14000	Vereinsbank	7000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Grade Auto	8500— 9000	Vera Film	7000— 7500	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Grade Ind.	8000— 9000	Vereinsbank	41000—43000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Gressler. Frank.	7300	Vogtländ. Gärbn.	71500	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Gustav Grove	21000	Werschweiler	30000—35000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Gräwendl-Bläsi	10000	Westd. Industrie	20000— 21000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Hanf Ges.	1000	Westf. Bergbau	20000—21000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Hagens	14000—15000	Winkels, Cogn.	15000—16000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Hansa Lloyd	16500—18500	Adler Kali	12000—13000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Haz Bauer	8500— 9500	Halleasche Kali	60000—61000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Hochfrequenz	15000—17000	Hansa Kali	12000—13000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Hochtrequenz	58000—60000	Heidburg Vrz.	135000—140000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Hotel Bristol	16000—18000	Kali Aschersleben	—	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Hutfabr. Berlin	11000	Kali Westeregeln	37500—38000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Hutmann	12000— 14000	Kriegsanl.	31000—32500	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Industrie Bel.	8500— 9500	Reinsberg	—	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Gebrüder Ziegler	1000	Dannenb. Bad.	26500—27500	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Kabel Rheydt	38000—40000	Ges. Bisp. Amt. d.	—	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Karstadt	5000— 6500	El. d. Lgn. Kttw.	4525000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Ker. Klein. Gas.	11750—12250	Ges. Bisp. Amt. d.	—	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Köln-Lindenthal	18500—13500	El. d. Lgn. Kttw.	3975000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Lamberts S.	7500— 8500	Ges. Bisp. Amt. d.	—	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Lindenau Werke	25000—27000	El. Alt. Lin. d.	8500000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Lindner Asbt.	4000— 5000	Mannesmann	235000—225000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Mannesmann	21000—23000	Mannesmann	1500000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Marg. Schroder	10000— 11000	Kolonialanleihe	1550000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Masch. Bellmann	—	Franco	4000000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Masch. Trebitzer	6000— 8500	Salitrow	2750000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Mayer, Tietzl.	6000— 8000	Salitrow	2750000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Mayer, Tietzl.	6000— 6500	Südsee-Phosph.	225000	Gesellschaft für Verkehrswesen	14000
Mimosa	1000— 1500			Gesellschaft für Verkehrswesen	14000

Bei ziemlich unsicherer Grundstimmung entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft. Valutawerte gaben nach und blieben nicht unerheblich nach. Schwächer lagen Deutsche Kolonialanleihe, Franco und Salitrow behauptet waren. Kali Schiffswerft 39 000—45 000, Chemische Fabrik Lübbe 24 000—34 000, Kalkwerk Steinfeld 66 000—67 000, Bernhard Löhr 20 000, Mannesmann u. Bloch 20 000.

*

Im weiteren Verlauf trat eine empfindliche Abschwächung ein, die Spekulation schritt zu Abgaben, Phönix sanken auf 180 000, Caro auf 137 000, Oberbedarf 44 5000, polnische Noten 91 %.

Bezugsrechte. Infolge der Aenderung der Bösenzage wird das Bezugsrecht auf die jungen Faber Bleistift Aktien und die jungen Aktien der H. Fuchs Waggonfabrik erstmalig am 16. Mai an der Berliner Börse notiert werden.

Frankfurt, 14. 5. (Eigenbericht) Bei ausserordentlich grossen Kaufaufträgen war die Tendenz der Börse unter dem Eindruck des rapide steigenden Dollars fest. Auf dem Montanmarkt zeigten sich oberschlesische Werte im Vordergrund des Interesses. Caro 134 000 plus 22 000, Oberbedarf 99 000 plus 7500, Laura 106 000 plus 5000.

Westbank A.-G., Frankfurt a. M. Die ebenalige Dividende wird wieder erreicht in 1922 einen Reingewinn von 30,9 (7,6) Mill. M., aus dem 30 (15) % Dividende in Vorschlag kommen. In der Bilanz betragen in Mill. M.: Wechsel und Schatzanweisungen 309,5 (93,1), Nostroguthaben 202,9 (9,9), Debitoren 488,0 (124,8), Kreditoren 968,7 (600,9) und Akzepte und Schecke 53,3 (6,9). Der Mehrgewinn des Jahres resultiert aus der Steigerung der Umsätze in allen Sparten. Die Abwicklung der Geschäfte der Orientfilialen ist nicht wesentlich weiter gediehen, weil die fraglichen Friedensvertrage immer noch nicht ratifiziert sind. In den Fällen, in denen direkte Ansprüche gegen die Gesellschaft erhoben worden sind, hat sich deren Auffassung bisher nicht richtig erwiesen, dass das Reich für etwa entstehende Schäden haftbar sei. Im März ist das Aktienkapital um 400 auf 500 Mill. M. weiter erhöht worden.

Devisen fest.

Im Verlauf abgeschwächt.

Die höchsten Kurse für Devisen wurden heute Vormittags erzielt, obwohl Dollarnoten 48 500, Auszahlung London 223 000. Die schen im Börsenbericht erwähnten Gerüchte über ein Vorgehen der Reichsbank, die Stützung von parlamentarischer Seite ausgehen, fanden zwar in Kreisen des Devisenhandels wenig Beachtung, immerhin brückelten die Kurse ab, Auszahlung London vorbörslich bis 212 000, Dollarnoten bis 46 625. Bei der endlichen Notierung kam es zu keiner Ueberraschung, so dass sich später die Stimmung wieder leicht erholte. Gegen 1 Uhr stellten sich Dollarnoten auf 46 000. Dollarschatzanweisungen, die mit 47 000 einsetzten, gingen später auf 45 750 zurück, per Juni von 52 500 auf 52 250. London per Juni bodang 255 000, per Juli 250 000. Polnische Noten schwankten zwischen 93¼—91—92½. Rhein - Main - Donau-Anleihe war im freien Verkehr mit 37 000 angeboten.

Berliner Devisen	14. 5. Geld	14. 5. Brief	12. 5. Geld	12. 5. Brief
Amsterd.-R.	17255,00	18045,00	16708,12	16791,88
Buenos-Aires	16455,00	16545,00	15836,50	15836,50
Brüss.-Antw.	2618,43	2631,57	2451,35	2463,65
Christiania	7640,62	7680,18	7022,40	7057,60
Kopenhagen	8696,62	8743,38	7555,40	7594,60
Stockh.-Gothb.	12009,75	12130,25	11281,77	11318,23
Helsingfors	1211,06	1218,01	1180,04	1185,96
Italien	2254,35	2265,65	2080,78	2091,22
London	212607,50	213692,50	199006,75	199993,25
New York	45858,60	46115,00	42892,25	43097,75
Paris	3037,36	3052,64	2825,92	2839,08
Prag	8070,75	8110,25	7579,72	7720,28
Spanien	6683,35	6716,75	6535,62	6566,38
Japan	21445,25	21552,75	21047,37	21152,75
Rio de Janeir	4389,00	4411,00	4389,00	4411,00
Wien abgest.	63,34	63,66	59,89	60,21
Prag	1321,68	1328,32	1281,71	1288,22
Budapest	—	—	7,98	7,02
Zürich	352,11	353,89	347,13	348,87
Jugoslawien	458,86	461,15	444,86	447,12

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 14. Mai. (Amtlich.)

für 50 kg	14.	für 50 kg	14.
Weizen, mark.	38000—32000	Weizenkleie	19000—20000
nordm.	32000—34000	Rapskuchen	35000—40000
schles.	32000—35000	Raps	125000—135000
Roggen, mark.	24000—27000	Kan. Vikteria	125000—140000
pomm.	24000—27000	Kl. Spatzen-Erbsen	80000—90000
schles.	24000—27000	Peluschken	35000—40000
weagr.	—	Peluschken	35000—40000
Hafer, mark.	28000—32000	Ackerbohnen	35000—40000
Gerste, mittl.	25000—34000	Wicken	35000—40000
Braugerste	—	Leinkuchen	110000—120000
Raps- und Rübsenkuchen	14000—16000	Sojabohnenmehl	17500—18500
pomm.	16000—18000	Kartoffelflocken	42000—44000
schles.	22000—24000	Leinkuchen	85000—90000
dtsch. Berlin	29000—30000	Trockenschnitzel	25000—26000
Mais, Plata	28000—29000	Fischmehl	21000—22000
Mais 70% Weizenmehl	39000—43000	Kartoffelflocken	35000—38000
100 kg (Inlandsweizenmehl)	29000—32000		

Nürnberger Hopfenmarkt, 13. 5. (Eigenbericht) Bedarf unverändert, doch zeigten sich die Besitzer sehr zurückhaltend, Preisforderungen waren entsprechend zur